

Nazi-Karrieren im Fokus

Landtag lässt das Wirken von Top-Beamten nach dem Krieg untersuchen

VON ULF B. CHRISTEN

KIEL. Der Landtag schlägt bei der Aufklärung der NS-Nachkriegsgeschichte ein neues Kapitel auf. Bis Herbst 2020 soll ein Historikerteam prüfen, welche Karrieren ehemalige NSDAP-Mitglieder in den 50er und 60er Jahren in der Polizei, der Justiz oder der Landesverwaltung machten. Eine Vorläuferstudie war 2016 bereits zu dem Ergebnis gekommen, dass die Landespolitik außergewöhnlich stark und lange von früheren Nationalsozialisten mitbestimmt wurde.

In der neuen Studie will das Historikerteam von Prof. Uwe Danker (Uni Flensburg) insgesamt 491 frühere Top-Beamte unter die Lupe nehmen und mögliche Netzwerke aufdecken. Bei 120 Polizeibeamten, die schon in den 60er Jahren ins Visier geraten waren, will Danker auch mögliche Verstrickungen in NS-Gewalttaten untersuchen. Auf der Prüfliste



Der Historiker Uwe Danker und sein Team wollen im Herbst 2020 Ergebnisse vorlegen. FOTO: EIS

stehen zudem die gesamte frühere Staatsanwaltschaft Kiel, die Spitzen der anderen Anklagebehörden, das Landessozialgericht und 67 Gutachter. Einer von ihnen war Werner Heyde, der ein Kopf der NS-Euthanasiamorde war und nach Kriegsende in Flensburg als Fritz Sawade praktizierte.

Neben Mitgliedschaften, Funktionen sowie realen Rollen im NS-Staat wollen die Forscher Landtagsdebatten

sprach- und kulturwissenschaftlich analysieren. Durchleuchten will das Team auch die Kommunalebene, hier allerdings nur die Nachkriegspolitiker in Flensburg und im Kreis Süderdithmarschen mit dem früheren Adolf-Hitler-Koog. Eine „Sonderuntersuchung“ soll sich dem prominenten Kunsthistoriker Alfred Kamphausen (1906 bis 1982) widmen. Kamphausen, einst Mitglied der NSDAP, baute später das Freilichtmuseum Molfsee auf und erhielt den Kieler Kulturpreis.

„Wir wollen aufklären, Informationen sammeln, aber nicht richten“, sagte Danker. Er geht davon aus, dass eine NS-Biografie „relativ wenig Erklärungskraft“ für Handlungsmuster nach Kriegsende habe. Das gelte auch für „die Steuerung von politischem Handeln“. Für ihn als Wissenschaftler gelte aber der Quellenvorbehalt: „Ich lasse mich vom Gegenteil überzeugen.“